

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Die „Weißeritz-Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und wird am Spätnachmittag ausgegeben. Preis vierteljährlich einschließlich Zustagen 2,40 M., zweimonatlich 1,60 M., einmonatlich 80 Pf. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger nehmen Bestellungen an.

Inserate werden mit 20 Pf. folge aus unserer Amtshauptmannschaft mit 15 Pf. die Spaltzeile oder deren Raum berechnet. Bekanntmachungen auf der ersten Seite (nur von Behörden) die zweispaltige Zeile 65 bez. 50 Pf. — Tabellarische und komplizierte Inserate mit entsprechendem Aufschlag. — Eingekauft, im redaktionellen Teile, die Spaltzeile 50 Pf.

Amtsblatt für die Königliche Amtshauptmannschaft, das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Dippoldiswalde.

Mit achtseitigem „Illustrierten Unterhaltungsblatt“ und Unterhaltungsbeilage.

Für die Aufnahme eines Inserats an bestimmter Stelle und an bestimmten Tagen wird keine Garantie übernommen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag von Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 280

Montag den 3. Dezember 1917 abends

83. Jahrgang

Spanferkel marktfrei.

Einer erneuten Anregung und Ermächtigung des Kriegsernährungsamts folgend, wird bestimmt, daß der Verkauf von Spanferkelfleisch ohne Fleischmarken bis zum 15. Januar 1918 auch für das Königreich Sachsen und zwar auch in Gastwirtschaften und Fleischereien freigegeben wird. Ebenso wird der Verkauf von Spanferkeln, d. h. Ferkeln bis zu 15 Kilogramm von allen Beschränkungen freigegeben. Der Höchstpreis für Spanferkel wird auf 3,20 M. pro Kilogramm Lebendgewicht festgesetzt.

Dresden, am 28. November 1917.

Ministerium des Innern.

Verordnung

zur Ausführung der Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst über den

Verkehr mit Saat- und Steckzwiebeln zu Saatzwecken und deren Höchstpreise

vom 15. November 1917.

Saatarten für Saat- (Samen- und Steck-) Zwiebeln werden auf Antrag des Erwerbers nach Prüfung des Bedürfnisses erteilt. Die Ausstellung erfolgt für Händler durch den Landeskulturrat, für Verbraucher durch den Kommunalverband. Dieser kann die Ausstellung der Saatarten anderen Stellen übertragen. Der Kommunalverband oder die Stelle, der er die Ausstellung übertragen hat, hat dem Landeskulturrat monatlich mitzuteilen, wieviel Saatarten ausgestellt worden sind und über welche Mengen Saatzwiebeln.

Die Saatkarte muß Art und Menge des Saatguts, Namen, Wohnort und Bezirk des zum Erwerb Berechtigten, sowie den Ort, wohin geliefert werden soll, und, wenn das Saatgut mit der Bahn befördert werden soll, die Empfangsstation angeben.

Der Erwerber von Saatgut hat die Saatkarte dem Verkäufer spätestens bei Lieferung des Saatguts auszuhändigen. Wird das Saatgut mit der Eisenbahn verfrachtet, so hat sich der Verkäufer von der Versandstation auf der Saatkarte die erfolgte Absendung unter Angabe der verpackten Menge und des Ortes bescheinigen zu lassen, nach dem das Saatgut verfrachtet ist. Erfolgt die Versendung nicht mit der Eisenbahn, so hat sich der Verkäufer auf der Saatkarte den Empfang bestätigen zu lassen.

Der Verkäufer hat die Saatkarte mit der von der Eisenbahnverwaltung ausgestellten Bescheinigung über die Absendung oder mit der Empfangsbescheinigung des Erwerbers unverzüglich dem Landeskulturrate einzusenden.

Die Erteilung der Abfahrgenehmigung wird dem Landeskulturrat übertragen. Die Landesstelle für Gemüse und Obst bleibt jedoch befugt, nach Anhörung des Landeskulturrats den Abfahrgenehmigung zu beschränken oder zu untersagen.

Wer Saatzwiebeln zu den höheren Preisen des Saatguts verkaufen will, hat die Erteilung der Abfahrgenehmigung unter Angabe der verfügbaren Mengen und unter Beifügung eines Modells bei dem Landeskulturrat zu beantragen. Der Landeskulturrat ist befugt, die Vorräte des Antragstellers durch einen Beauftragten, der sich als solcher ausweist, besichtigen zu lassen. Erst nach erteilter Genehmigung durch den Landeskulturrat darf der Antragsteller die ihm bezeichneten Mengen zu den höheren Preisen der Saatzwiebeln gegen Saatkarte verkaufen.

Im übrigen unterliegen alle Zwiebeln, auch Steckzwiebeln, den Erzeugerhöchstpreisen für gewöhnliche Zwiebeln. Die entgegenstehende Bestimmung des Absatzes 3 der Verordnung des Ministeriums des Innern über Höchstpreise für Gemüse vom 2. Oktober 1917 (Nr. 229 Sächs. Staatszeitung vom 2. 10. 17) wird aufgehoben und die Verordnung des Ministeriums des Innern betr. Höchstpreise für Gemüse vom 30. 10. 17 (Nr. 253 Sächs. Staatszeitung vom 30. 10. 17) dahin abgeändert, daß der erste Satz des Absatzes 5 dieser Verordnung künftig lautet:

„Die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 2. 10. 17 (Nr. 229 Sächs. Staatszeitung vom 2. 10. 1917) bleibt mit Ausnahme des Absatzes 3, der aufgehoben wird, in Kraft.“

III.

Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft.
Dresden, den 29. November 1917.

Ministerium des Innern.

Verkehr mit Wild.

Gemäß § 13 der Verordnung des Kgl. Ministeriums des Innern über den Verkehr mit Wild vom 4. September 1917 sind als Wildhändler zugelassen worden:

1. Baumeister Ludwig August Fritsch, Dippoldiswalde,
2. Fleischermeister Robert Göpfert, Dippoldiswalde,
3. Privatier Karl August Haubold, Dippoldiswalde,
4. Fleischermeister Oswald Hofmann, Dippoldiswalde,
5. Fleischermeister Bruno Froubier, Dippoldiswalde,

Vertilgung und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Der Zweck, der für den Kriegshilfsauschuss seinerzeit bei Einführung seiner Wertmarken maßgebend war — nämlich der, daß die städtischen Unterhaltungsstellen lediglich bei hiesigen Geschäftleuten umgelegt werden sollten — ist, wie die Erfahrung lehrt, mehr und mehr hinfällig geworden. Da auch der Kleingeldmangel durch das Notgeld des Bezirkes mehr als be-

hoben ist, erscheint die mit der Markenausgabe verbundene Arbeit nicht mehr gerechtfertigt. Der Kriegshilfsauschuss beschloß deshalb, auch die städtischen Unterhaltungen in Zukunft bar auszugeben. Mit Ende des Jahres verfallen die Wertmarken.

Am vergangenen Sonnabend trafen unter Führung eines Oberleutnants der türkischen Armee 5 junge Türken hier ein als zukünftige Besucher der Deutschen Märschschule.

Dieselben hielten sich schon seit 2 1/2 Monaten in der Nähe Berlins auf, werden hier zunächst die deutsche Sprache erlernen und dann die Märschschule besuchen.

Auch am gestrigen 1. Adventsonntag herrschte ein fürchterlicher Sturm, der abwechselnd Regen- und Schneefälle daher trieb. Der Aufenthalt im Freien war den denkbar schrecklichsten. Abends in der sechsten Stunde verlagte, wie das bei solchem Winde zu den hergebrachten

6. Sägewerksbesitzer Kurt Röllig, Dippoldiswalde,
7. Fleischermeister Oskar Straßberger, Dippoldiswalde,
8. Fleischermeister Karl Fischer, Frauenstein,
9. Fleischermeister Karl Lango, Frauenstein,
10. Fleischermeister Karl Rüdiger, Glasbütte,
11. Fleischermeister Frieda verw. Kirschen, Bienenmühle,
12. Fleischermeister Otto Löwe, Bienenmühle,
13. Fleischermeister Louis Löwe, Hermadorf i. C.,
14. Fleischermeister Heinrich Lotze, Hirschbach,
15. Tanzlehrer Schulze, Hirschbach,
16. Fleischermeister Emil Oppelt, Hödendorf,
17. Fleischermeister Oskar Rönisch, Prieschendorf,
18. Fleischermeister Hugo Kühn, Prieschendorf,
19. Fleischermeisterwitwe Bertha Schmidt, Schönfeld.

Das gewerbsmäßige An- und Verkaufen von Wild ist nur den zugelassenen Händlern gestattet.

Die entgeltliche Abgabe von Wild unmittelbar an Verbraucher ist nur in offenen Verkaufsstellen den zum Verkaufe zugelassenen Personen sowie den Jagdberechtigten an Ortsbewohner und Jagdteilnehmer unmittelbar nach Schluß der Jagd gestattet.

Dippoldiswalde, den 27. November 1917.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Wertmarken des Kriegshilfsauschusses

betreffend.

Die vom hiesigen Kriegshilfsauschusse eingeführten Wertmarken für Kriegs- und Arbeitslosen-Unterstützungsempfänger werden eingezogen und verlieren

mit dem 31. Dezember 1917

ihre Gültigkeit. Alle noch im Verkehr befindlichen Marken sind Sonnabend den 15. d. M. ummittags von 2 bis 3 Uhr im Rathaus zurückzugeben.

Dippoldiswalde, den 1. Dezember 1917.

Der Stadtrat.

Das von dem unterzeichneten Stadtrat am 3. Februar 1916 erlassene Verbot, das Umhertreiben jugendlicher Personen nach 10 Uhr abends betr., scheint in Vergessenheit geraten zu sein. Der Stadtrat sieht sich deshalb veranlaßt, erneut darauf hinzuweisen, daß das Verweilen männlicher und weiblicher Personen unter 18 Jahren auf Straßen und Plätzen sowie in Gast- und Schankwirtschaften, Konditoreien und Kaffeestuben nach 10 Uhr abends ohne Begleitung Erwachsener strengstens untersagt ist.

Zu widerhandlungen werden mit einer Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu 10 Tagen bestraft. Eltern und sonstige Aufsichtsberechtigte, besonders auch die Lehrherren und Dienstherrschaften werden ersucht, die Polizeibehörde bei der Durchführung vorstehenden Verbotes zu unterstützen.

Dippoldiswalde, den 29. November 1917.

Der Stadtrat.

Beschlagnahme Metalle und Einrichtungsgegenstände

werden

Donnerstag den 6. Dezember 1917 vormittags von 9 bis 12 Uhr im Rathaussaal angenommen. Zuschlag für Einrichtungsgegenstände wird vorläufig noch gewährt.

Dippoldiswalde, am 3. Dezember 1917.

Der Stadtrat (Metallsammelstelle).

Unterbrechung in der Stromlieferung.

Nach einer Mitteilung des Ueberlandstromverbandes Freiberg ist infolge abermals eingetretenen Kohlenmangels für Anfang dieser Woche mit einer Unterbrechung in der Stromzuführung zu rechnen. Es wird voraussichtlich nur während einiger Abendstunden Strom für Lichtzwecke abgegeben werden können.

Der Betrieb von Motoren wird vom 3. d. M. ab bis auf weiteres von nachmittags 4 Uhr ab gänzlich untersagt. Für eine geregelte Stromzuführung zum Motorbetriebe während der übrigen Tagesstunden wird keine Gewähr übernommen. Im übrigen wird äußerst sparsamer Verbrauch des Stromes für Licht- und Kraftzwecke zur Pflicht gemacht. Zu widerhandlungen haben sofortige Stromentziehung zur Folge.

Dippoldiswalde, am 2. Dezember 1917.

Der Stadtrat.

Drucksachen für Gemeindebehörden fertigt Buchdruckerei Carl Jehne

Einrichtungen gehört, die Zuleitung der elektrischen Energie von Bismberg und letzte infolgedessen unsere Beleuchtung mehrmals kürzere Zeit aus. — Heute Montag früh stürmte und weiter es weiter. Geschneit hatte es in der vergangenen Nacht sehr hübsch.

— Laut Vereinbarung mit dem Landesauschusse der Vereine vom Roten Kreuz trägt die bereits seit Kriegsbeginn hier bestehende Schreibstube vom Roten Kreuz in Dippoldiswalde von nun an die Bezeichnung „Ortsstelle“. Dieselbe wird geleitet von Herrn Bürgermeister Jahn (Stellvertreter Herr Oberlehrer i. R. Budel) und hat bis auf weiteres ihren Sitz im Rathaus zu Dippoldiswalde, Zimmer Nr. 9 (geöffnet wochentags von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und 1/2 3 Uhr bis 5 Uhr nachmittags, außer Sonnabend). Die Angehörigen von Vermissten, Verwundeten, Kranken und Kriegsgefangenen aus der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde wollen sich in allen in Frage kommenden Angelegenheiten vertrauensvoll wenden an die Ortsstelle vom Roten Kreuz, Dippoldiswalde.

— Zu Sachverständigen in Entelgnungsachen wählten die städtischen Kollegien auch für 1918 die bisherigen Herren Brandversicherungsinpektor Pohlner, Stadtrat Liebel, Stadtrat Giehl, Stadtverordneter Klog und ökonomischen Spezialkommissar Neumann (Dresden) wieder.

— Der Turnkreis Königreich Sachsen hat infolge des Krieges seinen diesjährigen ordentlichen Kreisturntag verschoben. Da jedoch eine Anzahl wichtiger Beschlüsse zu fassen sind, soll eine Versammlung der Gauvertreter und der Gauwartende Ende Januar 1918 nach Chemnitz einberufen werden. In der Versammlung soll namentlich die Neuorganisation der deutschen Turnerschaft und die damit zusammenhängende Steuererhöhung erörtert werden.

— Es ist hin und wieder behauptet worden, beschlagnahmte Gloden würden an das neutrale Ausland in Zahlung gegeben und gelangten auf diesem Wege nach England, wo schließlich Karbonen daraus hergestellt würden. Nach Auskunft der Rohstoffabteilung des Kriegsamtes, Berlin, entbehren solche Behauptungen jeder Begründung.

— König Friedrich August hat neuerdings verliehen: die Carola-Medaille in Bronze mit Spange an Frau verw. Widemann geb. Wolf in Hödendorf.

— Das stellv. Generalkommando des 12. Armeekorps erläßt eine Bekanntmachung über Pferdewormerungen.

Seifersdorf. Bei der hiesigen Gemeinde-Verbands-Sparkasse wurden im Monat November d. J. 68 Einzahlungen im Betrage von 10866 M. — Pf. bewirkt, dagegen erfolgten 13 Rückzahlungen im Betrage von 2938 M. 90 Pf.

Schmiedeberg. Sonnabend den 1. Dezember konnte Herr Prokurist W. Altmann hier auf eine 25jährige ununterbrochene Tätigkeit bei der Firma Sed zurückblicken. Am Morgen beglückwünschte den Jubilar in seinem festlich geschmückten Bureau unter Ueberreichung eines Geschenks die gesamte Beamtenschaft des hiesigen Werkes, während im Laufe des Vormittags von Seiten der Direktion des Dresdener Hauptgeschäftes eine Ehrung erfolgte. Herr Altmann trat am 1. Dezember 1892 in die Buchhaltung des Eisenwerks Schmiedeberg ein, übernahm 1894 beim Tode des Herrn Rastner die Leitung der Raffingeschäfte und im August 1908, beim Weggang des Herrn Direktor Hahn, die gesamte kaufmännische Leitung des Zweiggeschäftes Schmiedeberg. Anfang 1917 wurde ihm von der Firma Procura erteilt. Durch peinlichste Gewissenhaftigkeit in der Verwaltung seines Amtes hat sich Herr Altmann nicht nur besondere Anerkennung und Wertschätzung seiner Direktion erworben, sondern ist auch jederzeit allen Angestellten der Firma in Plichterfüllung, Treue und Dienstleier ein Vorbild und ein wohlwollender, fürsorglicher Vorgesetzter gewesen. Aller Wünsche gehen dahin, daß es Herrn Altmann möge vergönnt sein, noch recht viele Jahre in Gesundheit seine geschätzte Tätigkeit dem Geschäft widmen zu können.

Schmiedeberg. Bei der hiesigen Gemeinde-Verbands-Sparkasse wurden im Monat November d. J. 147 Einzahlungen im Betrage von 14939 M. 50 Pf. geleistet, dagegen erfolgten 94 Rückzahlungen im Betrage von 9109 M. 06 Pf.

Geising. Dem Baugewerten Herrn Hermann Otto Radner ist das Feuerwehr-Ehrenzeichen verliehen worden. Diese Auszeichnung ist dem Genannten am 23. d. M. durch Herrn Amtshauptmann v. d. Planitz im Rathaus zu Geising in Gegenwart des Herrn Bürgermeisters und des stellv. Kommandanten ausgehändigt worden.

Frauenstein. Das Eisenerz-Kreuz 2. Klasse erhielten der Reservist Albert Pirnbaum und die Grenadiere Otto und Karl Pirnbaum, außerdem erhielt Grenadier Otto Pirnbaum noch die Friedrich August Medaille und wurde zum Gefreiten befördert. Die Ausgezeichneten sind Söhne des Weichgerbers Bruno Pirnbaum von hier.

Glashütte. Der sich bereits im Besitze der Friedrich-August-Medaille befindliche Unteroffizier Friedrich Hohnsbein, längerer Sohn des Guillocheurs W. Hohnsbein hier, erhielt jetzt das Eisenerz-Kreuz 2. Klasse und wurde zur Flieger-Ersatzabteilung Großenhain versetzt.

Dresden. König Friedrich August hat Kronprinz Georg zum Kommandeur des in Chemnitz stehenden Inf. Reg. „Kronprinz“ Nr. 104 ernannt. Zwischen dem jungen Kommandeur und dem Rate der Stadt hat aus diesem Grunde ein Telegrammwechsel zur Begrüßung stattgefunden.

— Ein recht einträgliches Geschäft betrieb der Raffierer Max Nibel der Automaten-Vertriebsgesellschaft Vöfler & Co. in Dresden. Er stahl seiner Firma eine größere

Ehrentafel für deutsche Tapferkeit und Treue.

Aus der Verzeichnisse Nr. 466 der Königl. Sächs. Armee.

Göpfert, Paul, Witz, Malter, I. v. Heinrich, Reinhold, Großhils, bisch. verm., in Gefolg.

Viehler, Max, Paulshain, I. v. Preusche, Ewald, Gestr., Quohren, I. v., b. d. Tr. Schneider VII, Max, Gestr., Reinhardtsgrimma, gefallen. Thiele, Emil, Börnersdorf, gefallen.

Sächsische Staatsangehörige in außer-sächsischen Truppenteilen.

Preußen.
Breitbach, Walther, Kreitscha, gefallen.
Hohfeld, Ernst, Lungwitz, inf. Anf. verl.

Anzahl der bekannten Kugelfang-Spielautomaten „Bajazzo“, stellte sie in Schanklokalen und Vergnügungsgstätten in Dresden und Umgebung auf und kassierte die Gelder in seine eigene Tasche.

Reichen. Wegen Kriegsvergehen hatte sich der Gutbesitzer M. aus Reichen vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Er hatte größere Posten von Getreide und Mehl vor der Revisionskommission verheimlicht und auch 10 Zentner Kartoffeln bei der Bestandsaufnahme nicht mit angegeben. Außerdem wurde ihm zur Last gelegt, Hafer und Weizen an seine Schweine und Hühner verfüttert zu haben. Er wurde zu 6 Wochen Gefängnis und 1450 Mark Geldstrafe verurteilt.

Grimma. 30. November. Nachts drangen Einbrecher unter Zuhilfenahme von Brechstangen in den Vorratsraum eines hiesigen Fleischermeisters und stahlen aber einen Zentner Dauerfleischware (Schinken und Wurst). Die Einbrecher wurden in der Person eines Unteroffiziers und eines Soldaten, sowie eines Postauswärters ermittelt. Die Beute ist ihnen zum größten Teil wieder abgenommen worden.

Chemnitz. Die hiesige Papiergarnausstellung, die erste Veranstaltung dieser Art in Sachsen, die jetzt geschlossen ist, hat großen Erfolg gehabt. Sie wurde von 3550 Personen besucht und hat dem Frauenklub einen Reingewinn von 1000 Mark gebracht. Ein Teil der Ausstellung ist nach Zittau abgegangen, wo eine ähnliche Ausstellung stattfindet.

Zwickau. Ein bedauerlicher Fall trug sich in der 1. Bezirksschule zu. Der Schulknabe Wlen, dessen Vater hier auf Urlaub weilte, nahm dessen Revolver mit in die Schule. B im Spielen mit der Waffe entlud sich diese. Die Kugel traf einen Mitschüler in die Brust. Der Knabe war sofort tot.

Eibenstock. 30. November. Während der Sitzung der städtischen Körperschaften sank plötzlich Stadtrat Männei von seinem Sessel zu Boden. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende bereitet.

Böbau. Ihr 200jähriges Bestehen beging am Sonnabend die Buchdruckerei von Hohfeld & Witte, in der seit dem 1. Januar 1785 der „Sächsische Postillon“, das Böbauer Amtsblatt, erscheint.

Gaumnitz. Größere Kohlenbrände sind in den Logebauern der Gruben Emma und Schade der Werkschwarz-Weißener Braunkohlen-Aktiengesellschaft ausgebrochen. Infolgedessen ist der Nordteil des Dorfes Gaumnitz gefährdet, sodaß die Häuser von den Bewohnern verlassen wurden. Da Wasser zum Löschen nur schwer zu beschaffen ist, kann der Brand nicht in genügender Weise bekämpft werden. Der herrschende Sturm hat leider wesentlich zur Ausdehnung des Feuers beigetragen.

Neue Nachrichten.

Neue U-Boots-Erfolge.

Berlin, 2. Dezember. (Amtlich.) Neue U-Boots-Erfolge im Mittelmeer: 11 Dampfer mit über 34000 Brutto-Registertonnen. Die Mehrzahl der Dampfer wurde im westlichen Mittelmeer aus nach Osten bestimmten, stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen, einige davon im Nachtangriff. — Unter den vernichteten Schiffen befanden sich die bewaffneten englischen Dampfer „Trowbridge“ (3712 Tonnen), „Margam Abbey“ (4367 Tonnen), „Amberton“ (4556 Tonnen), „Aniaeus“ (5061 Tonnen), die bewaffneten französischen Dampfer „Monsieur“ (3135 Tonnen), „Marc Fraissinet“ (3060 Tonnen), die italienischen Dampfer „Senegal“ (848 Tonnen) und „Commodore Carlo Bruno“ (830 Tonnen). Die meisten Dampfer waren tief beladen. Große Werte sind mit ihnen untergegangen. U. a. wurden 5200 Tonnen Kohle, nach Alexandria bestimmt, etwa 4000 Tonnen Zinn, Kopra und Tabak für Frankreich und 1500 Tonnen Weizen für Italien versenkt. — An den erzielten Erfolgen hat Kapitänleutnant Otto Schulze hervorragenden Anteil.

Der Chef des Admiraltäts der Marine.

Duchonin geflohen.

Wien, 1. Dezember. General Duchonin und die militärischen Vertreter des Verbandes sind aus dem russischen Großen Hauptquartier geflohen. Die Radiostation des russischen Großen Hauptquartiers ist in Händen der Maximalisten.

Amsterdam, 1. Dezember. Nach einer von Reale weitergegebenen Meldung des „Daily Chronicle“ hat Duchonin den Befehlshaber der rumänischen Front General Tscherbasschew ersucht, als Generallistimus anzutreten.

Neue Friedensforderung

der russischen Soldaten.

Bern, 3. Dezember. Der Berner „Bund“ meldet: Sämtliche russischen Regimenter haben sich erneut für den Frieden erklärt, auch die sibirischen Truppenformationen und jene Truppen, die seinerzeit am Sereth den hartnäckigen Widerstand geleistet haben.

Russische Repressalien gegen England.

Amsterdam, 2. Dezember. Aus Petersburg meldet Reuters: Trotski hat Befehl gegeben, daß keinem Engländer erlaubt werde, Rußland zu verlassen, so lange die in England gefangen gehaltenen Russen nicht frei gelassen worden seien.

Trotski beginnt die Unterhandlungen.

Rotterdam, 3. Dezember. Aus Petersburg wird gemeldet: Trotski teilte den Diplomaten der Verbände mit, daß Deutschland bereit ist, an allen Fronten Unterhandlungen einzuleiten, um zu einem demokratischen Frieden zu gelangen. Er fragte an, ob sie den Unterhandlungen, die am Sonntag anfangen, beizuwohnen wünschten.

Außerung eines rumänischen Politikers.

Berlin, 1. Dezember. Der rumänische Politiker Konstantin Stere erklärte einem Vertreter der „S. J.“, daß Rumänien keinen Krieg mehr führen wolle, falls Rußland der Frieden schließen sollte. Er hoffe, daß die rumänische Bevölkerung der Moldau, sowie jene des besetzten Gebietes genug moralische Kraft und Energie in sich finden werde, damit Rumänien bei den Friedensverhandlungen nicht von der Jassyer Regierung vertreten werden soll.

Das konnte Rumänien sich ersparen.

Basel „Morning Post“ meldet aus Paris: Die Verbündeten holen der rumänischen Regierung für den Fall, daß sie Rußland zu verlassen wünsche, Asylrecht in ihren Ländern an. Der Telegraphenverkehr mit Rumänien ist seit Mittwoch gestört, wie man vermutet, infolge Eingreifens der Petersburger Nachrichten.

Schwedische Vermittlung.

Kopenhagen, 1. Dezember. Die schwedische Gesandtschaft in Petersburg hat sich auf Ersuchen Trotskis bereit erklärt, die Vermittlung bei Friedensverhandlungen zu übernehmen. Diese seien bereits eingeleitet, da die Gesandtschaft ein Telegramm mit dem Angebot des Waffenstillstandes zu Friedensverhandlungen abschickte.

Das Ultimatum Trotskis

an die Auslandsvertreter.

Kopenhagen, 1. Dezember. Die hiesige russische Gesandtschaft erhielt von Trotski ein Telegramm, worin sie aufgefordert wird, sich zu äußern, ob sie bereit ist, die russische Regierung zu unterstützen, anderenfalls müsse sie sich als abgesetzt betrachten. Der Botschafter beschloß, die Note nicht zu beantworten. — Trotski hat telegraphisch den Pariser Botschafter Malakow von seinem Posten abberufen und hinzugefügt, daß seine Teilnahme an der interalliierten Konferenz in Paris als Staatsverbrechen betrachtet werden würde.

Robertsons und Haighs Stellung

erschüttert.

Haag. Die „Birmingham Daily Post“ berichtet: Die Einrichtung des Obersten Kriegsrates lege die Befürchtung nahe, daß die Stellung des Generaltabackschefs Robertson stark gefährdet werde. Es sind Gerüchte im Umlauf, daß Haigh durch einen französischen General ersetzt werden soll. Die Angelegenheit müsse, so fordert das Blatt, im Unterhause erörtert werden.

Furchtbarer Artilleriekampf an der Piave.

Nach einer Züricher Meldung berichtet der „Secolo“: An der Piavelinie wütet ein Artilleriekampf von einer bisher noch nicht erlebten Heftigkeit.

Italienische Anarchisten in Amerika.

Nach einer Neuyorker Depesche wurden in Amerika etwa 100 italienische Anarchisten wegen Friedenssabotage verhaftet. Sie sind beschuldigt, Attentate gegen Werften des Stillen Ozeant geplant, sowie Friedenspropaganda getrieben zu haben.

Die Todesstrafe für französische Pazifisten.

Der konservative Abgeordnete Delahaye legte der französischen Kammer die Annahme eines Gesetzes vor, das mündliche oder schriftliche Äußerungen zugunsten eines vorzeitigen Friedens mit Todesstrafe bedroht.

Deutscher Volkshausbund.

Berlin. In Berliner Rathaus wurde ein das ganze Reich umfassender Volkshausbund begründet. Als leitender Gedanke wurde festgesetzt: Der Volkshausbund tritt dafür ein, daß in deutschen Lande allerorten Volkshäuser entstehen als Wahrzeichen deutscher Einigkeit in der Zeit des großen Krieges und zum Gedächtnis unserer Gefallenen. In den Volkshäusern sollen Männer und Frauen aller Parteien und Bekenntnisse verständnisvoll zusammenarbeiten, um die Volkshaltung zu vertiefen und unser öffentliches Leben zu durchgeistigen.

Nahezu vollständige Waffenruhe im Osten.

Die „Grozer Tagespost“ meldet: An der Ostfront ist nahezu vollständige Waffenruhe eingetreten. Die Zahl der auf Befehl der Regierung entlassenen Reservisten beträgt 70000.

Volks-Bibliothek in Dippoldiswalde
Bürgerhalle (altes Gebäude, part. links). Jeden 1. Sonntag abends 7-8 Uhr geöffnet.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 1. Dezbr.

Der Reichstag wurde heute mit einer Kundgebung seines

Hauptausschusses für Hertling

eröffnet. Es erklärte nämlich Abg. Prinz zu Schönau-Carolath (natl.): Als Berichterstatter über den Etat des Auwärtigen Amtes habe ich vom Hauptausschuß den Auftrag erhalten, folgende Erklärung im Namen des Hauptausschusses hier abzugeben: In den Verhandlungen des Hauptausschusses hat der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes weitere Mitteilungen über das russische Friedensangebot gemacht. Der Hauptausschuß hat sich einmütig zu den Erklärungen des Reichskanzlers vom 29. November über

seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen über den russischen Friedensvorschlag bekannt. In diesen Erklärungen hat Graf Hertling ausgeführt: Die russische Regierung hat gestern von Barstojew-Selo ein von dem Volkskommissar Herrn Lenin unterzeichnetes Funkentelegramm an die Regierungen und die Völker der kriegführenden Länder gerichtet, worin sie vorschlägt, zu einem nahen Termin in Verhandlungen über einen Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden einzutreten. Ich stehe nicht an, fuhr der Reichskanzler fort, zu erklären, daß in den bisher bekannt gewordenen Vorschlägen der russischen Regierung diskutablen Grundlagen für die Aufnahme von Verhandlungen erblickt werden können, und daß ich bereit bin, in solche einzutreten, sobald die russische Regierung hierzu bevollmächtigte Vertreter entsendet. Ich hoffe und wünsche, schloß der Kanzler seine Erklärung, daß diese Bestrebungen bald feste Gestalt annehmen und uns den Frieden bringen werden.

Namens des Hauptausschusses habe ich den vollen Beitritt des Hauptausschusses zu diesen Erklärungen des Reichskanzlers auszusprechen. (Lebhafter Beifall.)

Die Steuern nach dem Kriege.

Die Verhandlungen in der 3. Lesung des Nachtragsetats mit den neuen Millionenkrediten wurden eingeleitet durch eine amtliche Rede über die neuen Steuern.

Eine vorläufige Schätzung des Gesamtergebnisses der in diesem Jahre veranlagten Kriegsteuer kann vorläufig nur summarisch erfolgen. Ich glaube sagen zu können, daß die Kriegsteuer mit Zuschlägen dem Reich einen Ertrag von rund 5 Milliarden Mark bringen wird. Der Durchschnitt der schon abgeschlossenen Bezirke stellt sich auf etwas mehr als das Fünffache der Ergebnisse des Wehrbeitrages. Das Resultat ist also erheblich besser, als wir es bei der vorjährigen Gesetzgebung veranschlagt haben. Der Wehrbeitrag, der jetzt auch veranlagte Besitzsteuer und die Kriegsteuer stellen zusammen die vom Reich während des Krieges erhobenen direkten Steuern dar, die zusammen über sechs Milliarden ergeben werden. Auch die Bundesstaaten und die Kommunen haben ihre direkten Steuern erhöhen müssen. Bei Zugrundelegung der preussischen Verhältnisse wird man annehmen können, daß hier ein Mehrbetrag von etwa zwei Milliarden gegenüber der Friedenszeit erhoben worden ist. Ich bin mir bewußt, daß unsere bisherigen Kriegsteuern in erster Linie dazu dienen, das bisherige Zinssoll, sowie die Ausfälle an anderen Steuern zu decken, und daß nur ein Teil der Kriegsteuern eine tatsächliche Minderung des Anleihefußes herbeiführen wird. Mein englischer Kollege Bonar Law hat sich neulich mit lebhaftem Interesse mit unserer Kriegsfiananzierung beschäftigt. Er wies darauf hin, daß in England der Betrag der bereits jetzt dort geschaffenen Einnahmen genüge, um die späteren Friedensausgaben einschließlich der Verzinsung der Kriegsschuld zu decken. Nach meinen Berechnungen ist da ein Fragezeichen zu setzen. Darin stimmen wir auch die wichtigsten englischen Finanzzeitschriften bei. Bedenklich ist die völlig aus der Luft gegriffene Behauptung, wir rechneten unsere Vorschläge an die Verbündeten nicht in die bewilligten Kreditsummen ein. Ich will das zarte Verhältnis zwischen dem englischen Gläubiger und seinen Schuldnerstaaten nicht mehr trüben, als dies inzwischen Statist und Oekonomist getan haben. Beide behaupten unverbohlen, daß England genötigt sein könnte, die Summe, die sich bereits auf 36 Milliarden beläuft, in den Kaufschlag zu schreiben. Das was wir in irgendeiner Form zur Stärkung des Kredits unserer Bundesgenossen getan haben, ist nur ein kleiner Teil der englischen Vorschlagsumme, und alles, auch das, was wir in Form von Bürgschaften geleistet haben, wird auf Heller und Pfennig in die von Ihnen bewilligten Kredite eingerechnet.

Zigarettensteuer, Kriegszuschlag werden, wenn das zweite Halbjahr den Erträgen des ersten gleichkommt, über 300 Millionen gegenüber 126 Millionen des Anschlages ergeben. Die Kohlensteuer hat im Oktober 78,7 Millionen gebracht. Die Verkehrssteuer kommt nur allmählich in Gang. Die Abgabe von den Gütertarifen ist eingeführt. Die Steuer von den Personentaxen erfordert wegen des Neudrucks aller Fahrkarten noch einige Zeit. Das erfreuliche Ergebnis der siebenten Kriegsanleihe hat bewirkt, daß das Jahr 1917 mit seinen beiden Anleihen und einem Ertrag von mehr als 25 Milliarden gebracht und damit die Jahre 1915 und 1916 im Gesamtanleihergebnis überflügelt hat. 94 Prozent der neuen Kriegsanleihe sind eingezahlt.

Den Dank, den Ihr Herr Präsident dem Reichsbankpräsidenten und der Reichsfinanzverwaltung für dieses Ergebnis ausspricht, bitten wir, an die vielen Tausende freiwilligen Helfer weitergeben zu dürfen, die wir im ganzen Lande hatten. Ich möchte den Dank aber auch weitergeben an die Presse, an die Banken und Sparkassen und nicht zum wenigsten an das Heer, das wieder in allen seinen Organisationen das Ergebnis hat fördern helfen. Der große Erfolg der Anleihe und Ihre bisherige Zustimmung zu den Finanzvorlagen beweisen, daß unsere Kriegsfiananzierung im Einvernehmen mit dem deutschen Volk und diesem hohen Hause erfolgte.

Ich denke, daß wir während des Krieges den durch drei Jahre verfolgten Weg weitergehen, das heißt: nach Möglichkeit Konsolidierung der Kriegskosten durch langfristige, regelmäßig wiederkehrende Anleihen, Aufbringung des Zin-

sendienstes durch neue, gegebenenfalls auf den besonderen Verhältnissen des Krieges angepaßten Steuern, organische Finanzreform unter Durchführung eines größeren Planes, erst dann, wenn wir über wirtschaftliche und sonstige Kriegsfolgen klarer sehen. An einem solchen Plane wird seit über einem Jahre gearbeitet. Gewisse Umrisse zeigen sich schon. Es ist aber erst möglich, sie klar herauszuarbeiten, wenn jene Folgen zu übersehen sind. Die Vorbereitung erfolgt im engen Einvernehmen mit den einzelstaatlichen Finanzverwaltungen, mit denen ich persönliche Fühlung zu halten bemüht bin. Indessen soll hier nicht die Steuer führen, wenn es gälte, auf dem einen oder anderen Gebiete neue Wege einzuschlagen, sondern die Volkswirtschaft selbst. Der Ertrag läßt sich bei der modernen Steuertechnik an die eine oder andere Form anschließen, und deshalb wird gerade für mein Ressort ein enges Zusammenarbeiten mit dem Reichswirtschaftsamt erforderlich sein. Bei Vorlegung des nächstjährigen Haushaltsplanes werden wir diesen Gegenstand weiter zu erörtern haben. Der gegenseitige feste Wille, durch eine große, die Bedürfnisse unseres reichgegliederten öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens voll berücksichtigende Gesamtreform, die Finanzen in geordneten Bahnen zu erhalten, wird bei Ihnen und der Finanzverwaltung vorhanden sein. Wo ein solcher Wille vorhanden ist, da wird sich aber auch ein gemeinsamer Weg finden lassen. (Lebhafter Beifall.)

Namens der Sozialdemokraten erklärte Abg. Ebert (Soz.) die Zustimmung seiner Partei, während die unabhängigen Sozialdemokraten durch ihren Redner wie üblich scharf protestieren ließ.

Darauf wurde der Nachtragsetat gegen die unabhängigen Sozialdemokraten angenommen. Die nächste Sitzung wurde auf Mitte Januar angesetzt.

Lansdownes Friedensbrief.

Die Engländer in Verlegenheit.

Der alte Führer der englischen Konservativen und langjährige Minister der auswärtigen Angelegenheiten Lord Lansdowne hat mit einem Brief in den Gang der Ereignisse eingegriffen, dessen Wirkung noch hohe Wellen treiben wird.

Die Auslassungen dazu in der englischen Presse sind sehr verschieden. Die einen verwirren Lansdownes Anregungen, die andern treten für sie ein. Aber darin sind alle einig, daß man es hier mit einer Kundgebung für den Frieden zu tun hat; allein die begeisterte Anklage vom „Hochverrat“ in der Zeitung „Globe“ dürfte allen, die zustimmen, gesagt haben, daß man es bei diesem Briefe mit einer sehr wichtigen und wichtigen Kundgebung für baldigen Frieden zu tun hat.

Man darf nicht übersehen, wer Lansdowne ist. Die Blätter der neueren Geschichte sind mit seinem Namen angefüllt. Er war der Träger jener Einkreisungspolitik, womit der Britenkönig Eduard VII. der Menschheit zu beweisen strebte, daß er nicht bloß neue Moden und Kravatten erfinden, sondern auch hohe und höchste Politik zu meistern verstehe. Lansdowne hat das alles mitgemacht, zum Teil als verantwortlicher Minister für auswärtige Angelegenheiten. Jetzt, auf seine alten Tage, in sehr hohem Alter, erreicht ihn der Ruf der bösen Tat seines Herrn und Meisters, und sein jetziges entschlossenes und klares Eingreifen für den Frieden ist ein Beweis dafür, daß die Neue nie zu spät kommt.

Die Presse, die ihm zustimmt, kann unmöglich Zweifel über den Inhalt und Zweck des Lansdowne-Briefes an den „Daily Telegraph“ haben. Und darum darf man jedes Wort, das zu Lansdownes Gunsten in der englischen Presse gesagt wird, als einen

Fortschritt des Friedens in England

buchen. Und dann hat die Friedensidee in England in den letzten Tagen gewaltige Fortschritte gemacht, ganz gewaltige. Flandern — Cambrai — Rußland, so reißt sich eine Kette von Mißgeschick für die Gegner aneinander. Auch die stärksten Nerven der frechsten politischen und wirtschaftlichen Kriegsspekulanten halten alle diese Schicksalschläge nicht mehr aus, und das Volk, so sehr man es auch mit ungerechtfertigten Lohnerhöhungen in der richtigen Stimmung zu halten versucht, wird es wohl nicht mehr lange ertragen, wenn seine bestochenen Führer nun eine Kriegsbegeisterungspredigt nach der andern halten.

Die Hauptbedeutung des Briefes liegt in der Richtung, woher er kommt. Mit Recht sagt der „Neuere Rotterdamische Courant“: „Die Friedenspropaganda ist bisher in England von ganz anderen Kreisen ausgegangen als denjenigen, denen Lansdowne angehört. Die letzte Stütze, die die Friedensfreunde in England von der Seite Lord Lansdownes erhielten hat die Friedenspropaganda auf ein Niveau gehoben, von dem sie nicht länger verdrängt werden kann.“

Nun ist freilich noch nicht gesagt, daß Lansdowne in allen konservativen Kreisen Zustimmung fände. Auf einer Versammlung von Vertretern der konservativen und unionistischen Partei aus allen Teilen des Landes, der auch Carson und Walter Long beiwohnten, tadelte der jetzige konservative Außenminister Bonar Law heftig Lord Lansdownes Brief, den er als ein Unglück bezeichnet haben soll.

Aber: die erste Stimme der Vernunft hat sich hervorgebracht. Der Wahn ist gebrochen, andere werden bald folgen.

Was die Regierung sagt.

Dem Reuterschen Bureau ist authentisch Mitteilung gemacht worden, daß das Folgende die Ansicht der britischen Regierung über den Brief Lord Lansdownes ist:

Lord Lansdowne hat in seinem Brief nur für sich selbst gesprochen. Bevor er ihn schrieb, hat er sich weder mit irgendeinem Mitglied der Kabinet- und

darüber beraten noch in Verbindung gesetzt. Die Minister haben den Brief mit ebensolcher Ueberraschung gelesen wie jedermann sonst. Die in dem Brief zum Ausdruck gebrachten Anschauungen stellen in keiner Weise die Auffassungen der englischen Regierung dar, noch zeigen sie im geringsten Grade an, daß irgendein Wechsel oder eine Notifizierung in der Kriegspolitik dieses Landes eingetreten ist. Diese ist auch jetzt noch die gleiche, welche sie immer gewesen ist, und wie sie durch den Premierminister, durch Asquith, Bonar Law und Balfour umschrieben worden ist. Diese Kriegspolitik ist in mannigfaltigen Reden zum Ausdruck gebracht worden, aber vielleicht ist sie am besten in der unlängst erfolgten Neujahrserklärung zusammengefaßt worden, welche lautet: „Die Kriegsziele, für die wir kämpfen, das ist der Sieg.“

Mit diesem hochtrabendenerede wird man auch in England niemanden darüber hinwegtäuschen, daß die Abneigung gegen den Krieg auch in England von Stunde zu Stunde Boden gewinnt, und zwar auch in den Kreisen, die noch unlängst mit Begeisterung nicht bloß für Kriegsgewinne, sondern auch — für den Krieg eingetreten sind.

„Mächtige Interessen hinter Lansdowne.“

Die Asquith nahestehende „Westminster Gazette“ schreibt: Zweifellos stehen mächtige Interessen hinter Lansdowne. Der Korrespondent glaubt nicht, daß die ganze unionistische Partei den Brief beurteilt, wie behauptet werde. Der Brief gibt einen großen Teil derjenigen öffentlichen Meinung, die bisher keine feste Form angenommen hatte, wieder. — „Daily News“ veröffentlichen eine Unterredung Hendersons und den Brief Budsmaisters, die Lansdownes Briefe zustimmen.

Aus aller Welt.

„Süßer Pressedienst.“ Aus der Provinz Sachsen wird berichtet: Bei der diesjährigen Herstellung von Rübensaft in den Haushaltungen ist das Vorkommen von 13 Pfund eingelochtem Syrup aus einem Zentner Rüben keine Seltenheit; man pflegt sonst 10 Pfund zu rechnen.

„Die untreue Frau erbohen.“ In Köln traf ein beurlaubter Soldat, der zu Hause war, um seine Kinder in gute Obhut zu bringen, auf der Straße seine einen üblen Lebensgang führende Frau. Es entstand eine heftige Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Soldat die Frau erschlug und sich dann selbst der Selbsttötung stellte.

„Eine zeitgemäße Belohnung.“ Im Pforzheimer Kreisblatt findet sich folgende Annonce: „Auf dem Wege von Pforz bis zur Ziegelei Loeve braune Altemappe mit Gegennoten verloren gegangen. Abzugeben gegen ein Pfund Speck oder Schinken bei ...“

„59 Todesopfer des Bergbaues.“ Ein Unglück auf der Grube Anna des Schweizer Bergwerksvereins stellt sich als sehr schwer heraus. Der Brand in der Grube forderte 59 Opfer; 27 Leichen wurden bisher geborgen.

Keine Neuigkeiten.

In die Transsibirien geriet während der Nachtarbeit im Trierer Walwerk die Fabrikarbeiterin Ottilie Schide. Sie erlag den Verletzungen.

Die allgemeine Enteignung der metallenen Türhaken usw. steht nunmehr auch für Berlin und seine Vororte bevor.

Der Hund diebstahl hat noch zu keiner Zeit so stark geblüht wie eben jetzt, und allerlei fragwürdige Hundehändler machen mit den feinsten „Diebungen“ glänzende Geschäfte.

Allgemeine Kriegsnachrichten.

Bittere Entschlüsse.

Der Minister des Außeren, Bonar Law, hat in einer langen Rede gegen Lansdownes Stellung genommen. Er gesteht ein, daß England keine Aussicht auf einen Waffensieg hat und legt seine Hoffnung auf Englands stärkere Kraft im Durchhalten.

„Die ganze Welt steht gegen die Deutschen in Waffen und zwar ist sie in einer Weise organisiert, wie dies wohl kaum wieder geschehen wird (!). Wenn wir auf unser Recht nicht jetzt bestehen können, wie wollen wir dann gegen sie später unter neuen Verhältnissen kämpfen? Nicht durch einen entscheidenden Sieg kann der Krieg entschieden werden. Wir müssen den Deutschen zeigen, daß wir länger aushalten können als sie und die Umwälzung in der Ansicht der Deutschen, von der wir soviel hören, wird dann jeden Tag wachsen und wird vielleicht selbst die Resultate zeitigen, die wir alle gern sehen mögen. Ein Frieden auf Lansdownes Grundlage würde in Wirklichkeit die Niederlage der Entente sein.“

Bonar Law drohte dann: Ich sehe vielleicht Gefahren, die uns nicht bedrohen werden, aber wenn diese friedensfreundliche Bewegung durch Lord Lansdownes Brief angefaßt werden und eine Wendung nehmen sollte, die es der Regierung unmöglich machen würde, sich auf die Genehmigung notwendiger Kriegsmassregeln durch das Unterhaus zu verlassen, so würde der Regierung nur noch ein Weg offen stehen. Um diesen Krieg zu gewinnen, muß die Regierung die Sicherheit haben, daß sie das Volk hinter sich hat.

Der einzige Weg, den Bonar Law noch sieht, ist offenbar die Auflösung des Unterhauses und die Regierung der Diktatur.

Solange die Alliierten ihre Verpflichtungen hatten, Ein anderer englischer Minister sprach ebenfalls über den Brief Lansdownes, aber bereits viel weniger

entschieden. Es war Minister Chamberlain. Er erklärte: „Solange unsere Alliierten ihren Verpflichtungen uns gegenüber treu bleiben, wollen auch wir treu unser Wort halten und unseren Verpflichtungen nachkommen.“

Trägerische Hoffnungen.

Aus England wird auf Umwegen über die Cambrai-Schlacht berichtet:

Sehr empfindliche Verluste erlitten wieder die Irländer, während man einige schwergeprüfte schottische Regimenter aus der Kampffront nahm, um die Mannschaften nicht widerspenstig zu machen.

Beim Losbrechen der Cambrai-Schlacht ging durch die ganze englische Armee der Freudenschrei: „Die deutsche Front ist durchstoßen! Die Verfolgung beginnt.“ Die Mannschaften rannten, durch diese trügerische Parole vorwärtsgetrieben, in das vernichtende deutsche Sperrfeuer und wurden buchstäblich aufgerieben.

Sie wollen keine Munition mehr.

Die neue russische Regierung hat die Verträge mit den Alliierten auf Munitionslieferungen für die russische Armee gekündigt und die Regelung der finanziellen Verpflichtungen Rußlands der kommenden Friedenskonferenz vorbehalten.

Wahlaustritt in Rußland.

Nach holländischen Meldungen erfährt die Londoner „Times“ aus Petersburg: Die Wahlen für die gesetzgebende Versammlung sind beendet. Die Kadetten und die Extremisten (Maximalisten, Bolschewiki) haben beinahe gleichviel Stimmen erhalten und stehen an erster Stelle. Nach ihnen kommen die revolutionären Sozialisten. Das Endergebnis wird in einigen Tagen bekanntgegeben werden.

Der Winter hat jetzt ernstlich eingesetzt. In Petersburg hat es in den letzten Tagen geschneit. Die Temperatur sank unter Null.

Landdownes Friedensbrief

erregt in England großes Aufsehen. Seine Parteifreunde, die Konservativen, sehen ihm im allgemeinen feindlich gegenüber, einige sprechen sogar von Verrat. Die Liberalen nehmen den Brief im allgemeinen sympathisch auf. Der Brief wird zur Bildung einer öffentlichen Meinung beitragen, die die Mitte zwischen den äußersten Parteien halten wird.

Auf jeden Fall bricht in der öffentlichen Meinung Englands damit eine neue Zeit an. Die Kriegsziele wandeln sich. Der „Evening Standard“ erklärt: Landdowne spricht die Ansicht der Mehrheit jener behutamen Leute aus, die, ohne auch nur einigermaßen Pazifisten zu sein, ernsthaft nach der einzigen Lösung ausblicken, die die Vergütung für die schrecklichen Opfer des Krieges sein kann, nämlich einen dauerhaften Frieden.

Generalleutnant Sir Henry Wilson ist zum militärischen Vertreter im Obersten Kriegsrat der Alliierten ernannt worden.

Englands Angst um Rußland.

In Petersburg selbst.

Bei den Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung gewannen, wie „Times“ aus Petersburg meldet, die Maximalisten dort sechs, die Kadetten vier, die Sozialrevolutionären zwei Sitze, die anderen Parteien keinen Sitz. Die Maximalisten sind jetzt im Besitz der Reichsbank, alle anderen Banken sind geschlossen.

Die Maximalisten in der finanziellen Subversivität. In dieser Reichsbank soll der sehr bedeutende, auf mindestens drei Milliarden sich beziffernde russische Goldschatz befinden, sofern — die Engländer ihn nicht rechtzeitig in „Sicherheit“, d. h. in ihre Hände gebracht haben.

Republik Sibirien.

Ein Amsterdamer Blatt meldet aus London: Nach dort eingelaufenen Berichten werde Sibirien sich unter der Führung Potapins für unabhängig erklären. Die Minister seien bereits ernannt worden. Die neue Regierung werde überall sympathisch begrüßt. In seiner Anzahl von Orten weise die sibirische Flagge.

Da treten auf einmal eine ganze Reihe neuer politischer Begriffe hervor. Was ist Sibirien? So nennt man den ganzen Norden Asiens, ein Gebiet, dreimal so groß wie Europa, aber wirtschaftlich und sonst ganz unzusammenhängender Begriff. Bewohner: Mongolen, unerforschte Nordvölker, eingewanderte Slaven und einige Einschläge Germanen. — Potapin? Wohl ein sozialistischer Führer. — „Sibirische Flagge“? Ganz unbekannter Begriff. — Hauptstadt: Tobolsk, wo der Zar ist! Oder Omsk?

Russische Frontunterhändler.

In Czernowiz, der Hauptstadt der Bukowina, traf ein Automobil mit russischen Offizieren und Soldaten ein, die mit dem österreichisch-ungarischen Kommandanten eine eineinhalbstündige Unterredung hatten. Sie wurden lebhaft begrüßt und ein Russe hielt eine Ansprache, in der er sagte: „Freunde, wir wollen den Frieden.“ Dann fuhren die Russen wieder zurück.

Das Heer des Kosakengenerals Kaledin hält sich nur aufrecht mit Munition aus den Vorräten der humanitären Armee.

Die Parlamentswahl in Rußland.

Die Wahlergebnisse für die konstituierende Reichsversammlung ergaben von 194 Sektionen, von denen die Stimmen vorliegen, 220 000 Stimmen für die Maximalisten, 180 000 für die (freisinnigen, englandfreundlichen) Kadetten und 80 000 für die revolutionären Sozialisten. Von der Petersburger Garnison hat sich eine erdrückende Mehrheit auf die Seite der Maximalisten gestellt.

Politische Rundschau.

Vertrauliche Mitteilungen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes. Der Hauptausschuß des Reichstages trat am Sonnabend eine Stunde nach Schluß des Reichstages noch einmal zusammen, um eine vertrauliche Erklärung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes entgegenzunehmen. Nach halbstündiger Dauer war die Sitzung zu Ende, und der Ausschuß vertagte sich, um ebenso wie das Plenum je nach Erfordernis der politischen Lage wieder zusammenzutreten.

Das Zentrum für ein Duellverbot. Eine von den Zentrumsabgeordneten Trimborn und Erzbberger im Reichstage eingebrachte kleine Anfrage gliedert das von Kaiser Karl für die österreichisch-ungarische Armee erlassene Duellverbot und fragt: „Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, noch während der Dauer des Krieges einen ähnlichen Armee- und Flottenbefehl, der das Verbot des Offiziersduells enthält, in Aussicht zu stellen?“

Reichstag gegen Großherzog. Im Reichstag hat der Abg. Kopsch (Sp.) dem Reichskanzler folgende kleine Anfrage überreicht:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß sich in der Residenzstadt Darmstadt auf der dem früheren russischen Baren eigentümlich gehörigen, also im Privatbesitz stehenden Kapelle ein durch die Bekanntmachung des stellvertretenden Generalkommandos des XVIII. Armeekorps beschlagnahmtes, mit vergoldeten Kupfertürmen versehenes Kupferdach befindet, das zu entfernen die Großherzogliche Regierung sich weigert, während sie andererseits die Kupferbedachungen an öffentlichen Gebäuden, z. B. der Christuskirche in Mainz, dem Bahnhofsgebäude und der Bibliothek in Gießen, dem Museum in Darmstadt usw. abnehmen läßt, und was gedenkt der Herr Reichskanzler gegenüber diesem mit der oben erwähnten Bekanntmachung und der öffentlichen Meinung in großem Widerspruch stehenden Verhalten der hessischen Regierung zu tun?“

Tirpitz über den Feind.

Der frühere Staatssekretär im Reichsmarineamt v. Tirpitz hat am Freitag in Essen-Nuhr eine Rede gehalten, in der er den Frieden wie er ihn verlangt, genau umschrieb. Er führte dort aus:

Wie sieht solcher Frieden aus? Mehr gesicherte Landgrenzen als bisher. Antwerpen Anlaufhafen und Filiale unserer Kanalschiffe.

In Flandern eine Stellung gegenüber England, die einen zweiten Raubanzug doch sehr unwahrscheinlich machen würde.

Durch solche Stellung hätten wir nicht eine Phrase, sondern in starkem Maße wirklich das freie Meer.

Durch das freie Meer ist auch die Ruhrarmachung von Kolonien auf die Dauer möglich.

Das Rembener Land darf nicht in der Hand

von England zu einer gewaltigen Konkurrenz gegen unsere rheinisch-westfälischen Gebiete sich entwickeln. Es soll vielmehr unsere gesamten Wirtschaftskräfte stärken gegenüber dem Anglo-Amerikanertum. Die vorgeschobene politische Grenze würde unsere Rheinprovinz und unsere Industrie davor sichern, daß die Macht Englands in Zukunft an der Grenze unserer Rheinprovinz steht.

Schließlich im Osten diejenigen Grenzerweiterungen, die notwendig sind.

Alles in allem besteht die unbedingte Notwendigkeit, den erlittenen gewaltigen Verlusten und der Stärkung des Anglo-Amerikanertums gegenüber unserer handgreifliche Entschädigungen und neue Entwicklungsmöglichkeiten durchzusetzen.“

Der Papst schuld an der italienischen Niederlage!

Wie die katholischen „Neuen Zürcher Nachr.“ melden, hat die italienische Presse eine Hege gegen den Papst eingesetzt, in dem mehrere Zeitungen das Oberhaupt der katholischen Kirche mitverantwortlich machen für die Niederlage der italienischen Armee in Oberitalien. Einzelne italienische Blätter schreiben, daß die Veröffentlichung der Friedensnote des Papstes, in der es heißt, man solle dem Blutvergießen ein Ende bereiten, auf die italienische Armee am 3. Jänner auflösend gewirkt habe.

Zur Volkszählung am nächsten Mittwoch. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 18. Oktober dieses Jahres findet am 5. Dezember eine allgemeine Volkszählung im Deutschen Reich statt. Die Zählung erfolgt von Haus zu Haus und von Haushaltung zu Haushaltung. Für jede Haushaltung ist eine Haushaltungsliste A bestimmt, in die jede Person einzeln einzutragen ist.

Zur Entlastung des Fernsprechers hat der preussische Justizminister eine Verfügung erlassen, worin er anordnet: Dienstliche Telegramme dürfen im allgemeinen nur von den höheren Beamten abgeschickt, Ferngespräche nur von diesen angeordnet werden. Alle übrigen Beamten haben in jedem einzelnen Falle die Genehmigung der vorgelegten Dienststelle einzuholen. Die Benutzung von Dienstanschlüssen zu Privatferngesprächen ist auch gegen Erstattung der Gebühren während der Dienststunden unstatthaft.

Posteinschränkungen. Vom 17. bis einschließlich 23. Dezember werden im Paketverkehr die nachstehenden Beschränkungen notwendig:

1. Zur Beförderung unter Wertangabe werden von Privatpersonen nur solche Pakete angenommen, die — abgesehen von den den Inhalt betreffenden Mitteilungen — ausschließlich bares Geld oder Wertpapiere, Urkunden, Gold, Silber, Edelsteine oder daraus gefertigte Gegenstände enthalten. Pakete mit anderem Inhalt sind während der angegebenen Zeit von der Beförderung unter Wertangabe ausgeschlossen.

2. Das Verlangen der Eilbestellung ist für die bezeichneten Tage bei gewöhnlichen Paketen, die von Privatpersonen herrühren, nicht zugelassen.

Plötzlich und unerwartet ist am Sonnabend nachmittag meine liebe Frau

Emilie Mensch, geb. Hauptmann

sanft entschlafen.

Dippoldiswalde, den 3. Dezember 1917.

Clemens Mensch, Fleischermeister.

Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag 1/24 Uhr vom Trauerhause aus statt.

N. S. Landes-Lotterie

Ziehung 1. Klasse am 5. und 6. Dezember. Lose empfiehlt die Kgl. Staatslotterie-Einnahme von

Louis Schmidt, Dippoldiswalde.

Gut eingerichtete

Pappenfabrik

mit oder ohne Wasserkraft, aber mit reichlich Abwasser, zum sofortigen Kauf gesucht. Ausführliche Angebote unter D P 781 an Rudolf Wölfe, Dresden, erbeten.

W. Koch's Lichtspiel-Theater.

Welt „Aristokrat“. Dienstag 4. Dezember 1/28 Uhr abends

Der dritte Leutnant, meine Frau!

Großes Film-Lichtspiel in 3 Akten.

Dorf und Stadt oder: Vorles Hochzeit

Eine herrl. Bauerngeschichte in 3 Akten. Außerdem das übliche hübsche Beiprogramm

Um gütigen Besuch bitten B. Koch.

Verloren Sonntag nachm. im Rio Rapuze von Rinder-Lodenmantel Geg. Bel abzugeben. Altenberg. Str. 198.

Eine tragende

Milchziege

verkauft Hirschbach 22 b.

Steinischer, Maurer, Schreiner, Kutscher, Tischler, Schneider, Hilfen, sowie Mägde i. Landwirtschaft.

für sofort und Neuzeit bei hohem Lohn gesucht. Bezirks-Arbeitsnachweis Dippoldiswalde. Nebenstelle des Zentrala. Arbeitsnachweises f. d. Kreis. Hauptmannschaft Dresden. Fernsprecher Dippoldiswalde 106

Ein Mädchen,

15 J., tätig u. willig sucht zu Neu-Jahr 1918 Stellung für Haus und Gartenarbeit. Bevorzugt auf d. Oberem Gut. Selbige war schon in derartigen Stellung. B. Off. u. N. M. in der Geschäftsstelle b. Bl. niederzulegen.

Steingrobre und Viehtröge

emittiert

H. Armpolt,

Buldmühle Schmiedeberg.

Hierzu eine Beilage.

Zum Anfertigen und Umarbeiten

aller Arten Damen-Kleider und Mäntel empfiehlt sich

L. Bischof, Schmiedeberg.

im Hause von Hietzhermsstr. Dietrich.

Saathäfer

ca. 25 Zentner, gegen Saathorte zu kaufen gesucht. Kborbach, Quohren bei Krenna.

Schlachtpferde

kauft zu höchsten Preisen P. Pleber, Dippoldiswalde. Teleph. 97. Bei Unglücksfällen Transportwagen sofort zur Stelle. Elster-Schlächterei.

Christbäume

empfehlen von Dienstag ab

Martha Kühnel, Schmiedeberg.

Wöhren

besteht auf Lager.

Eine kleine, gut erhaltene

Dampfmaschine

ist zu ver. Alsdorf Nr. 27

Zwei einjährige

D.iginal-Simmenthaler

Kälber

(Bullen- und Kuhkalb) verkauft Spezialist Sachse, Neustadt in Sachsen.

Beilage zur Weiberts-Beilage.

Str. 280

Montag den 3. Dezember 1917 abends

83. Jahrgang

Großes Hauptquartier, 1. Dezember 1917.
Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern blieb die Artillerietätigkeit in mäßigen Grenzen.

Südlich von Arras hielt das starke Feuer an. Die Schlacht bei Cambrai ist gestern erneut mit großer Heftigkeit entbrannt!

Eigene Gegenangriffe zur Verbesserung unserer Stellungen hatten vollen Erfolg. Stärkste Feuerwirkung von Artillerie und Minenwerfern bahnte unserer Infanterie den Weg in die feindlichen Linien. Zwischen Moeuvres und Bourlon und von Fontaine und La Volin heraus warfen wir den Feind auf die Dörfer Grancourt und Cantain zurück.

Beiderseits von Cantain erstürmten unsere Truppen an der Schelde heraus die Höhen auf dem Westufer des Flusses, durchstießen die erste feindliche Linie und nahmen die Dörfer Gommelien und Willeres Quistain. Der zählich wehrende Feind erlitt schwere Verluste. 4000 Engländer wurden gefangen, mehrere Batterien wurden erbeutet.

Gegenangriffe, die der Feind am Abend gegen Gommelien, auch unter Einsatz von Panzerwagen und Kavallerie, führte, brachen verlustreich zusammen.

Scharfer Feuerkampf hielt auf dem Schlachtfelde die Nacht hindurch an.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Auf dem östlichen Maasufer war die Kampfaktivität der Artillerien zeitweilig stark.

Rittmeister Freiherr von Nidthofen errang seinen 63., Leutnant Klein seinen 22. Luftsieg.

Ostlicher Kriegsschauplatz
Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

Angriffe der Italiener gegen den Mt. Pertico scheiterten.

Der Erste General-Quartiermeister.
Ludendorff.

Großes Hauptquartier, 2. Dezember 1917.
Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern steigerte sich das tagsüber mäßige Feuer am Abend beiderseits von Paschendaele zu größter Heftigkeit und blieb auch die Nacht hindurch stark.

Der Kampf bei Cambrai dauert an!

In dem Abschnitt von Inchy bis Bourlon entwickelte sich nach erfolgreichen eigenen Unternehmungen am Nachmittag lebhafteste Artillerietätigkeit. Feindliche Infanterieangriffe wurden westlich von Moeuvres durch unser Feuer zurückgedrängt. Westlich von Moeuvres brachen sie vor unseren Linien zusammen. Das Dorf Masnières wurde vom Feinde gesäubert. Gefangene wurden eingebracht.

Starke Gegenangriffe richtete der Feind mit neu herangeführten Kräften gegen die ihm auf dem Westufer der Schelde entziffenen Stellungen. Nach erbitterten, bis in die Dunkelheit währenden Ringen warfen wir den Feind zurück.

Aus Epechy heraus anreitende indische Kavallerie

wurde zusammengeschossen. Gleichen Mißerfolg hatten Infanterieangriffe, die der Feind nach starker Feuerorbereitung gegen unsere Linien westlich von Banghuelles ansetzte.

Der gestrige Tag kostete dem Engländer besonders schwere Verluste. Mehr als 100 Gefangene blieben in unserer Hand. Aus dem Kampfgebiete wurden bisher 60 erbeutete englische Geschütze und mehr als 100 Maschinengewehre geborgen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich von Brimont brachten Sturmtruppen von erfolgreichen Unternehmungen Gefangene ein.

Ein französischer Vorstoß westlich von Brimont scheiterte.

Auf dem östlichen Maasufer lebte das Artilleriefeuer nur vorübergehend auf.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Beiderseits von Aisnach erhöhte Artillerietätigkeit.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front.

Zwischen Ohrida- und Prespalee sowie im Czernobogen lebte das Feuer auf. Westlich vom Ohridasee und am Wardar erfolgreiche Erkundungsgesichte.

Italienische Front.

Nichts Neues.

Der Erste General-Quartiermeister.
Ludendorff.

Die Versorgung der Kriegsbeschädigten.

Die reichsgesetzliche Sozialversicherung.

Neben der Militärrente kommen für die Kriegsbeschädigten, die gegen Krankheit oder Invalidität versichert waren, auch die Leistungen aus der Kranken- und Invalidenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung in Betracht.

Anspruch auf Krankengeld hat jeder erkrankte oder verwundete Kriegsteilnehmer (also nicht nur der Kriegsbeschädigte), welcher der Krankenkasse angehört und nach seiner Einberufung zum Heeresdienst die Bedingungen weiter erfüllt hat. Lazarettverpflegung hebt den Anspruch nicht auf. Nur die Ansprüche auf ärztliche Behandlung und Heilmittel kommen in Wegfall, da sie von der Militärverwaltung erfüllt werden. Ist die Mitgliedschaft bei der Krankenkasse beim Eintritt ins Heer aufgehoben worden, so besteht ein Anspruch nur dann, wenn die Verwundung oder Erkrankung während der ersten drei Wochen seit dem Ausscheiden aus der Kasse eingetreten ist, und der Erkrankte vor dem Ausscheiden 6 Wochen ununterbrochen der Kasse angehört hat oder im letzten Jahre vor dem Ausscheiden mindestens 26 Wochen gegen Krankheit versichert war. Übrigens hat jeder, der bei seiner Einberufung die Mitgliedschaft bei der Kasse nicht fortgesetzt hat, das Recht, binnen 6 Wochen nach der Rückkehr in die Heimat der Kasse wieder beizutreten? diese hat denn auch für eine dann bestehende Krankheit einzutreten.

Die reichsgesetzliche Invalidenrente wird ohne Rücksicht auf die Höhe der militärischen Rente gewährt.

wenn der versicherte Kriegsbeschädigte dauernd nicht mehr imstande ist, ein Drittel dessen zu erwerben, was gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. Voraussetzung ist die Erfüllung der Versicherungsbedingungen (200 Beitragswochen — Aufrechterhaltung der Anwartschaft durch „Leben“). Für die Zeit der pflichtmäßigen oder freiwilligen militärischen Dienstleistung brauchen keine Marken gestellt zu werden.

Der Anspruch auf die Gewährung von Krankengeld, Invalidenrente und Krankenrente ist bei dem zuständigen Versicherungsamt oder bei den Verwaltungsbehörden (Stadtmagistrat, Landratsamt, Bezirksamt usw.) anzumelden.

Geldzuwendungen durch Vermittlung der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Alle bisher aufgeführten Gebährnisse und Bezüge sind Leistungen, die den Kriegsbeschädigten auf Grund reichsgesetzlicher Bestimmungen zustehen. Durch sie erfüllt der Staat seine Ehrenpflicht, für die im Dienst für das Vaterland in ihrer Gesundheit beeinträchtigten Heeresangehörigen zu sorgen. Aber damit ist die Hilfsquelle, die dem Kriegsbeschädigten geboten wird, noch nicht erschöpft. Die staatliche Versorgungsstelle, die an Paragraphen gebunden ist, kann — selbst bei weitestgehender Auffassung des Gesetzes — der Dringlichkeit, dem Wechsel und der Besonderheit so mancher Einzelfalles nicht immer völlig gerecht werden. Hier tritt die freiwillige Fürsorge ein; neben der gesetzlichen Versorgung steht die soziale bürgerliche Fürsorge.

Die amtliche bürgerliche Kriegsbeschädigtenfürsorge verfügt über eine über das ganze Reich ausgedehnte Organisation. Sie arbeitet in mehr als 1000 örtlichen Fürsorgestellen, die in den Bundesstaaten den Ministerien, in Preußen den Provinzialverwaltungen unterstehen. Als Zentralstelle hat sie sich den Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Berlin geschaffen. Ihr Tätigkeitsfeld bildet vor allem die Wiederbelebung, Erhaltung und Erstarbung der Wirtschaftskraft des Kriegsbeschädigten. Durch Ergänzung des Heilverfahrens will sie die geschwächte Erwerbsfähigkeit der Kriegsbeschädigten nach Möglichkeit wiederherstellen, durch Berufsberatung, Berufsausbildung, Umschulung, Arbeitsbeschaffung, Ansiedlung usw. den Wiedereintritt der Kriegsbeschädigten ins Erwerbsleben erleichtern.

Im Rahmen dieser Tätigkeit gibt oder vermittelt sie auch Bargeldunterstützungen für bedürftige Familien der Kriegsbeschädigten, für Sieche und Gelähmte, für Einzelfälle, in denen nach dem Wortlaut des Gesetzes kein Anspruch auf Rente besteht, ferner überall dort, wo zur Vinderung augenblicklicher Not, zur Wiederherstellung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zur Annahme eines lohnenden Erwerbsbarmittels vorzuziehen sind.

Jeder Kriegsbeschädigte, der neben der gesetzlichen Versorgung des Rates oder der Hilfe bedarf, wende sich daher an die seinem Aufenthaltsort nächstliegende örtliche Fürsorgestelle der amtlichen bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge (zu erfragen bei sämtlichen Magistraten, Gemeindeämtern und öffentlichen Auskunftsstellen).

Die Geldmittel der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge sind teilweise vom Reich zur Verfügung gestellt, zum Teil sind sie von privaten Wohltätern gestiftet oder im Wege allgemeiner Wohlfahrtsammlungen aufgebracht. Auch große Vereine und Verbände, wie die Reichsmarine-Stiftung, die Abteilung 8, Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge, und Abteilung 9, Bäder- und Anstaltsfürsorge des Generalkomitees der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz, der Reichsverband zur Unterstützung Deutscher Veteranen und Kriegsbeschädigter, die Vaterlandsspende, der Luftfahrerdank, der Luftflottenverein, der Kolo-

niaalkriegerdank, die Deutsche Kolonialkriegerspender, die Kriegsspende Deutscher Frauen, die Deutsche Kriegsblindenstiftung für Landheer und Flotte, stellen die ihnen zu Gebote stehenden Mittel der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge zur Durchführung ihrer Aufgaben in dankenswerter Weise zur Verfügung.

Aus dem Bestehen aller dieser Hilfsunternehmungen, die wir hier in gedrängter Kürze nebeneinandergestellt haben, aus dem kurzen Einblick in Versorgungsgesetz und soziales Fürsorgebestreben ist zu ersehen, daß in weitestgehender Weise Vorsorge getroffen worden ist, für die Zeit der Ubergangswirtschaft und für die Friedenszeit. Staat und Volk stehen zusammen, um den Soldaten, die unter Zurücklassung aller Teuren Jahre hindurch zum Schutze der Heimat gekämpft haben, die Sorgen zu verschonen und ihnen zum Dank für ihre Leiden und Strapazen eine gesicherte und sorglose Zukunft zu ermöglichen.

(Deutsche Kriegsnachrichten.)

Aus aller Welt.

**** Schwindelhafte „Pferdeversteigerungen“.** Aus Schlesien wird berichtet: Unter dem Namen einer Landwirtschaftskammer oder eines Pferdedepots verübten zwei Betrüger in verschiedenen Städten einen fieschen Pferdegeschwindel. Sie veröffentlichten mit dem Namen dieser Amtsstellen Anzeigen über Pferdeversteigerungen. Dann tritt der eine der Betrüger als „Direktor“ auf, während der andere den Schlepper spielt, der die Kauflustigen, die sich zu den angebotenen, aber niemals stattfindenden Versteigerungen einfanden, dem vorgeblichen Direktor in ein besseres Gasthaus zuführt. Um die Kauflustigen sicherzumachen, tritt der Schlepper selbst als Käufer auf und ersticht von dem „Direktor“ meist zwei Pferde, die er auch sofort bezahlt, ohne sie gesehen zu haben. Dabei redet er natürlich den erschienenen Kauflustigen auch zum Kaufe zu. Auf diese Weise haben die beiden Gauner in Breslau einem Landwirt 3250 Mark abgeschwindelt.

△ Kohlenparier gibt es nicht. In letzter Zeit sind dem Publikum vielfach sogenannte „Kohlenparier“ zum Ankauf angeboten worden. Vom Reichskommissar für die Kohlenverteilung wird darauf hingewiesen, daß es derartige, wirklich kohlenparende Apparate für Hausbrand nicht gibt und daß die so benannten Vorrichtungen in den meisten Fällen völlig wertlos sind.

**** Mit den Sporen hängen geblieben.** Auf dem Paradiesbahnhof in Jena verunglückte der zum Besuch weilende Leutnant Gustav Dreikstein aus Lübeck tödlich. Er stand auf dem Trittbrett eines Wagens um von seinem Bruder Abschied zu nehmen, als sich der Zug in Bewegung setzte. Beim Abspringen blieb er mit den Sporen hängen, wurde mitgeschleift und sofort getötet.

**** Ein Salz-Gradiertwurf umgeworfen hat** den Sturm in dem Dorfe Westertotten. Das Haus des Fabrikarbeiters Schulte wurde durch die niedergehenden Schornsteinwände zertrümmert. Einige Kirchenbesucher entgingen mit knapper Not dem Tode.

**** Die dauernd ungenügende Kohlenzufuhr** hat die Hamburger Gaswerke gezwungen, die Straßenbeleuchtung einzustellen.

† Plattdeutsch in der Kirche. Die Einführung der plattdeutschen Sprache in den Gottesdiensten ländlicher Gemeinden wird gegenwärtig in Schleswig-Holstein seitens der evangelischen Geistlichkeit durchzuführen gesucht. Man will so dem Verfall der plattdeutschen Sprache vorbeugen.

*** In Bayern tritt neuerdings die Mäuseplage** erschreckend und beunruhigend auf in einem Grade, wie sie sich selten zeigte.